

Bitte diesen Raum freilassen

# Ansuchen um Genehmigung von **ÄNDERUNGSPLAN**

gemäß § 2 Baupolizeigesetz

**im vereinfachten Verfahren gemäß § 10 Baupolizeigesetz**

zutreffendes bitte ankreuzen bzw. nicht zutreffendes streichen

Hinweis zur Baubewilligung
Zahl .....
Bescheid vom .....
Name des Antragstellers (Vor- und Zuname), Bezeichnung der juristischen Person
Anschrift des Antragstellers, Telefonnummer, E-Mail

## Bauplatzerklärung

<input type="checkbox"/> besteht Bescheid vom Bescheid Zahl	<input type="checkbox"/> bereits anhängig Ansuchen vom
---	---

## Beschreibung der baulichen Maßnahme

Bezeichnung des Bauvorhabens gemäß Baupolizeigesetz
---

## Ausführungsort der baulichen Maßnahme / Baustelle

Grundstücksnummer, Einlagezahl, Grundbuch der Katastralgemeinde
Adresse

## Ansuchen um Ausnahme von baurechtlichen Vorschriften

Beschreibung des Ansuchens (Abstände zu den Grenzen des Bauplatzes, Raumhöhe, Belichtung, ....)
---

## Verfasser der Unterlagen

Vor- und Zuname, Bezeichnung der juristischen Person
Anschrift, Telefonnummer, E-Mail

## Bauführer (sofern bereits bekannt)

Vor- und Zuname, Bezeichnung der juristischen Person
Anschrift, Telefonnummer, E-Mail

Unterfertigung des Bauansuchens durch den Bewilligungswerber und den Verfasser der Unterlagen, der gegenüber der Baubehörde für die Richtigkeit der Unterlagen haftet, sowie für die Übereinstimmung des Verzeichnis der Nachbarn mit dem Grundbuchstand; der Verfasser der Unterlagen bestätigt gleichzeitig, über die gesetzliche Planungsbefugnis zu verfügen; gleichzeitig wird durch den Bewilligungswerber bestätigt, dass es sich bei dem Vorhaben nicht um die Errichtung eines Zweitwohnungsvorhabens gemäß § 24 Absatz 1 Raumordnungsgesetz 1992 handelt. Der Bewilligungswerber erklärt weiters ausdrücklich, dass die Voraussetzungen für die Durchführung im vereinfachten Verfahren gemäß § 10 Baupolizeigesetz vorliegen oder nicht vorliegen.

Werfenweng,

Ort, Datum

Unterschrift der Bewilligungswerber

Ort, Datum

Stempel und Unterschrift des Verfassers der Unterlagen

## Erforderliche Unterlagen für ein Baubewilligungsansuchen

1. **Ansuchen** mittel dieser Drucksorte (einfach)
2. **Grundbuchabschrift**, woraus die Eigentümer des Grundstückes ersehen werden können, diese Unterlage darf nicht älter als drei Monate sein.
3. **Baupläne** (dreifach), in technisch üblicher, verschiedenfarbiger Darstellung (siehe § 5 BauPolG):
  - a) **Lageplan** im Maßstab 1:500. Dieser Lageplan muss auf der Grundlage der Bauplatzerklärung den Bauplatz und seine Umgebung zeigen, die Lage des Baues im Bauplatz festhalten und die eindeutige Bestimmung der Nachbarn (§ 7 Abs 1 Z 1 BauPolG) ermöglichen. Die Nachbargrundstücke sind einschließlich der Bauten auszuweisen, ebenso die öffentlichen Verkehrsflächen in diesem Bereich. Zusätzliche Eintragungen: Nordrichtung, auf dem Bauplatz bestehende Bauten, alle hierauf bestehenden Hauptversorgungseinrichtungen (Energie, Wasser, Abwasser, Sicherheitsabstände);
  - b) Grundrisse aller Geschosse mit Angabe des Verwendungszweckes der Räume und mit Einzeichnung der verpflichtend zu schaffenden Kraftfahrzeug-Stellplätze;
  - c) Schnitte, insbesondere Stiegenhausschnitte; M:\Formulare\Änderungsplan 6/2018.Haag
  - d) Ansichten, die zur Beurteilung der äußeren Gestalt des Baues und des allfälligen Anschlusses an die Nachbarbauten erforderlich sind;
  - e) Darstellung der Anlagen für die Sammlung und Ableitung der Abwässer;
  - f) gegebenenfalls Darstellung der baulichen Vorsorge für Heizungsanlagen samt Rauchfängen, allfällige Aufzüge, Lüftungs- und Förderleitungen, Klimaanlage udgl.

**Anmerkung:** Bei Zu-, Auf- und Umbauten müssen die Baupläne auch den Altbestand des Baues erkennen lassen. Die Baupläne müssen auf haltbarem Papier oder Gleichwertigem technisch einwandfrei und dauerhaft erstellt werden und genau kotiert sein. Maßstab 1:100 oder 1:50 (ausgenommen Lageplan).

4. **Baubeschreibung** (dreifach) über die technischen Einzelheiten des Baues und der Bodenverhältnisse sowie der für das Ansehen des Baues maßgebenden Umstände (soweit diese nicht aus den Bauplänen zu entnehmen sind), Angabe der Grundflächen-, Geschoßflächen- bzw. Baumassenzahl sowie Berechnung der Wohnnutz- bzw. Nutzflächen und des umbauten Raumes sowie der für den baurechtlich gebotenen Mindestwärmeschutz von Bauten maßgeblichen Energiekennzahlen. Bei Garagen die Angabe für welche nach dem verwendeten Treibstoff zu unterscheidende Fahrzeuge die Garage bestimmt ist, wenn eine Nutzung
5. **Angaben über Nachbarn** (§7 BauPolG), diese Angaben stimmen, wie durch Einsichtnahme im Grundbuch festgestellt mit dem derzeitigen Grundbuchstand überein.
6. Die im § 10 Abs 1 Z 1 bis 7 BauPolG angeführten baulichen Maßnahmen unterliegen dem vereinfachten Verfahren, in dem nur eine eingeschränkte bautechnische Prüfung durchgeführt wird, wobei der Planverfasser ausdrücklich zu bestätigen hat, dass alle im Zeitpunkt des Baubewilligungsansuchen geltenden baurechtlichen Anforderungen eingehalten werden. Überdies hat der Bewilligungswerber im Baubewilligungsansuchen das Vorliegen oder Nichtvorliegen der Voraussetzungen für ein vereinfachtes Verfahren zu erklären.
7. Wenn im Zusammenhang mit der geplanten baulichen Maßnahme aufgrund anderer Rechtsvorschriften weitere behördliche Bewilligungen erforderlich sind (z.B. gewerbebehördliche Betriebsanlagengenehmigung, veranstaltungsbehördliche Genehmigung, naturschutzbehördliche Bewilligung u.a.), so ist diesem Baubewilligungsansuchen auch der bezügliche Bescheid oder eine amtliche Bestätigung der Behörde beizulegen, aus der ersichtlich ist, dass das in Betracht kommende behördliche Verfahren anhängig gemacht wurde

**ACHTUNG: Die Einreichunterlagen sind im Format 21 x 29,7 cm normgerecht zu falten! Der Verfasser ist gegenüber der Baubehörde für die Richtigkeit der Unterlagen haftbar!**